

# Der Sozialdemokrat

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Sozialistisches Reich, Dreifacher, für die Inserate Rudolf Kroganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Söllner, Leipzig. Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Fritz Bressle G. m. b. H., Leipzig, Königl. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanmietungen vierteljährlich 2.70 M. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren: Die 7gpl. Kolonelle 20 Pfennig, Inserate n. auswärts 20 Pfennig, im Heftenteil Zelle 70 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreissliste Seite 411.

Nr. 218.

Halle, Freitag den 20. September 1918.

2. Jahrgang.

## „Regierungssozialisten.“

Wenn die unabhängigen Sozialdemokraten ihren härtesten Kampf gegen die Wehrheitssozialisten ausfechten, dann nennen sie uns Regierungssozialisten. Sicher unbefangene Politiker weiß, daß dieser Vorwurf unbedeutend ist. Die deutsche Sozialdemokratie hat, obgleich sie in der Frage der Landesverteidigung an der Seite der Regierung geht, immer eine selbständige, nicht nur vom Parteistandpunkt, sondern von dem Standpunkte des Allgemeininteresses diktierte selbständige Politik getrieben. Interessant ist aber dennoch der chronologische Nachweis für die Unrichtigkeit des unabhängigen Vorwurfs, den die Münchner Post in einem zeitgemäßen Artikel unternahm. Die Darstellung wird auch unsere Leser interessieren. (Schluß der „Volksstimme“.)

In allen grundlegenden Fragen ist die Sozialdemokratie während der Kriegszeit immer ihre eigenen Wege gegangen, Wege, die sie in den denkbar schärfsten Gegensatz zur Regierung brachten und die schließlich in ein direktes Mißtrauensvotum gegen die Wehrheitsregierung ausliefen.

In Frage der Kriegskreditbewilligungen trieb die Sozialdemokratie durchaus nicht die Politik der Regierung, nicht eine Politik, in der sie der Wehrheitsregierung die Hände gebunden, sondern eine Landesverteidigungspolitik. Welche Kräfte auf beiden Seiten immer den Krieg entzündet haben mochten, Deutschland stand im August 1914 vor der härtesten Koalition von Verbündeten, die bisher den deutschen Völkern bedrängten. Wir Deutsche hatten alle ein Lebensinteresse daran, daß der Krieg nicht in die deutschen Gänge getragen wurde. Die Verheerungen Ostpreußens durch die Russen ließen uns erkennen, was die Entfesselung des Kriegsbrandes auf deutschem Boden bedeuten würde. Die deutsche Sozialdemokratische Fraktion verhielt sich dem vornehmlich nicht in der Einseitigkeit der deutschen Regierung und schon allein die Schuld am Kriege den Fremden Maden zu. Sie sprach in ihrer Erklärung vom 4. August von der Kollektivschuld aller imperialistisch gewordenen Mächte. „Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Weltfriedens herbeigeführt wurde und die Gegenseite unter den Völkern sich verhärteten, sind wie eine Sturmflut über Europa herein-gebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. ... Uns drohen die Schrecken der feindlichen Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.“ Im Gegensatz zur Regierung erklärte die Sozialdemokratische Fraktion sofort ihr Kriegskreditprogramm: sie verwarf aller Großkriegskredit und propagierte das Recht jedes Volkes auf Selbständigkeit und Selbstverteidigung.

Bei der zweiten Kriegskreditbewilligung hielt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Gegensatz zur Wehrheitsregierung an der Ansicht fest, daß ein Unrecht an Belgien und Luxemburg begangen sei, und daß die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Belgiens nicht angetastet werden dürfe. Wormalso betonte die Partei, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe und ihn durch einen Frieden beenden wolle, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

In der Kriegspolitik selbst hatte sich also schon ein greifbarer Unterschied zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Regierung herausgearbeitet. Dieser Gegensatz trat besonders scharf aus der Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien hervor, die in engster Fühlung mit der Regierung standen und bei der ersten Kriegskreditbewilligung auf jedes eigene Programm verzichtet hatten. Bei der zweiten Kriegskreditbewilligung ließen die bürgerlichen Parteien die belgische Frage völlig fallen und verfielen folgendes Kriegsjahr: „In dem uns freventlich aufgemungenen schweren oder Kriege wollen wir durchhalten, bis ein Frieden erlangt ist, der den eingesetzten Opfern entspricht und die uns bewundern Säug gegen alle Feinde gewährleistet.“

Bei jeder Kriegskreditbewilligung ist von der deutschen Sozialdemokratie der Gedanke der Landesverteidigung betont, aber niemals das Vertrauen zur Politik der Wehrheitsregierung ausgesprochen worden. Bei der dritten Kriegskreditbewilligung bekannte sich die Sozialdemokratie sofort als grundsätzliche Friedenspartei, als Vertreterin des internationalen Sozialismus und sie forderte direkt die Regierung schon zu einem Friedensangebot auf. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach Sasse am 10. März 1915 den Satz aus: „Gerade der Starke darf zuerst die Friedenshand ausstrecken.“ Am 12. und 13. April 1915 proklamierten dann die Parteileitungen der Sozialdemokratie Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die Resolution des Ratsabgeordneten internationalen Kongresses vom Jahre 1910 als ihr Kriegskreditprogramm.

Die Partei machte sich also durchaus nicht in der Kriegfrage zur Trägerin der Wehrheitspolitik, sondern stand im ausgesprochenen Gegensatz zur Regierung, die sich immer und immer wieder weigerte, einen Frieden ohne Annexionen als Kriegziel zu verkünden. Fortgesetzt wurde die Regierung von der Partei gedrängt, nun endlich offen mit einem Friedensangebot herzutreten, und als schließlich Deutschland und seine Verbündeten dieses Angebot an die kriegführenden Mächte erließen, gab sich die Partei mit diesem Zugeständnis der Regierung nicht zufrieden, sondern erging in der Juli-

Krise des Jahres 1917 die Anerkennung des Verständigungsfriedens von der Regierung.

Als sich die deutsche Reichsregierung im West-Westwälder Vertrag gegen den Geist des Verständigungsfriedens verdinglichte, kennzeichneten die sozialdemokratischen Fraktionen des West-Westwälder Frieden als einen Gewalt- und Scherzfrieden, und die Fraktion enthielt sich, da sie diesen Frieden in keinem Falle billigen konnte, der Abstimmung. Da sich die Kriegspolitik der Regierung nun weiter in der Bahn des West-Westwälder Friedens bewegte, verweigerte ihr die Sozialdemokratie das Budget, um damit in schärfster Form ihren Gegensatz zu dieser Politik zum Ausdruck zu bringen.

Die Unabhängigen, die sich mit der Zustimmung der Parteigenossen ihre eigene Organisation schufen, standen gerade wie die Anhänger der Parteimehrheit auf dem Boden der Landesverteidigung. Sie trennten sich nur von der Majorität in der Frage: Soll die Partei im Interesse der Landesverteidigung die Kriegskredite bewilligen oder nicht bewilligen? Gibt man die Notwendigkeit dieser Verteidigung einmal zu, so ist es unlogisch, die Konsequenzen eines Standpunktes zu verleugnen und die Landesverteidigung ohne die nötigen Verteidigungsmittel durch die Ablehnung der Kriegskredite zu lähmen. Die Kriegskreditbewilligungen sind nur im Hinblick auf die Gefahren, die Deutschland von der mächtigen Koalition seiner Gegner drohten, niemals log oder darin eine Zustimmung zur Kriegspolitik der Regierung oder gar eine Vertrauensklärung für diese. In der grundlegenden Frage der Kriegskreditbewilligung ist die deutsche Sozialdemokratie nicht „Regierungssozialisten“, sondern Anti-Regierungssozialisten gewesen.

Als ausgesprochene Gegnerin der Regierungspolitik befandete sich die sozialdemokratische Mehrheit in den Lebensmittelfragen, in der Steuerfrage, in den Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes. Die Regierung kehrte sich gegen die Eingaben der Sozialdemokratie gegen die Erhöhung der Fleischpreise für Getreide, sie regelte nicht im Sinne der Partei die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt, sie griff nicht zu einer Politik der Beschlagnahme und des Verkaufszwanges.

In allen diesen Fragen deckte sich fast durchweg die Politik der Mehrheit mit der Politik der Unabhängigen. Als die Regierung mit dem Steuerprogramm auftrat, in dem der Massenkonsum einseitig belastet wurde, verweigerte die Sozialdemokratie ihr das Budget. Die Frankfurter Zeitung rühmte in diesen Tagen der sozialdemokratischen Mehrheit nach, daß sie den Mut und die Kraft gehabt hätte, die ungeheure Steuerpolitik der Regierung entsetzlich zurückzuweisen. In der Steuerfrage trennte ein Abgrund die Sozialdemokratie von der Regierung und den bürgerlichen Parteien.

Nicht kleiner war übrigens die Klüft, die sich zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Mehrheit in der Beurteilung der Waffenstillstandsbewegung des Januar 1918 auftrat. Die Regierung und zum Teil die bürgerlichen Parteien brandmarkten förmlich diesen Streik als Landesverrat, während die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion in die Streikleitung eintraten. Die Sozialdemokratie anerkannte die Berechtigung der tiefen Mißstimmung der streikenden Arbeiterklasse, eine Mißstimmung, die durch die Ernährungsnotverhältnisse, durch die Verschleppung der Wahlreform, durch die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage, durch die allseitige Schwelgerei hervorgerufen war.

In den Tagen, da freimütige Parteiführer in Reden und Artikeln von der Friedensrevolution sprachen und Zentrumsmänner für in der Germania eine andere Auslegung gaben, hielt die Sozialdemokratie im vollen Umfange an dieser Resolution fest. Und als für die Wehrheitsregierung durch ihre annexionsistische Gewaltpolitik im Osten mit dieser Entscheidung brach, quittierte die Sozialdemokratie diesen Bruch mit der Budgetverweigerung. Diese Quittung enthielt auch die Beurteilung der inneren Politik des Großen Kabinetts, namentlich seiner Haltung in der preussischen Wahlrechtsfrage.

Die sozialdemokratische Mehrheit ist also in allen großen politischen und wirtschaftlichen Lebensfragen ihren eigenen

Wege gegangen. Wenn sie sich in einzelnen Aktionen mit bürgerlichen Fraktionen verband, so geschah es, um dem Gedanken des Verständigungsfriedens und dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen, das heißt, um Ideen durchzuführen, die auf dem sozialdemokratischen Aktionsprogramm genau standen. Kennt man eine derartige selbständige Politik der Sozialdemokratie eine Regierungspolitik, so heißt man eben die Dinge total auf den Kopf. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien mögen aber aus der Haltung der sozialdemokratischen Mehrheit ersehen, daß sie nur politische Ideen fördert, die in der Richtung der Demokratie, der Selbstverwirklichung und einer neuen internationalen politischen Rechtsordnung (Völkerbund) liegen. Hätte die Regierung wirkliche Volkspolitik getrieben, so würde sie die Unterstützung der Sozialdemokratie gefunden haben — aber auch nur dann!

So die Münchner Post. Die Entwertung der äußeren und inneren politischen Lage hat mit jeder Woche die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Politik bestätigt. Und gerade in unseren Tagen sehen wir, wie die Parteien und selbst die Regierungsmänner sich immer mehr auf den Boden der sozialdemokratischen Politik zurückziehen. Die nächste Zeit aber wird es erreichen, daß wir aus dem Wehrheitssozialismus unerschrocken hervorgehen können, wenn konsequent die sozialdemokratische Politik verfolgt wird, die nach außen auf einen Verständigungsfrieden und nach innen auf vollständige Demokratie gerichtet wird, weil ohne diese demokratische Grundlage ein dauernder Frieden zwischen den Völkern unmöglich ist.

### 1916—1918.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 20. September 1916, also heute vor zwei Jahren, beschloß ein Manifest, das u. a. folgendes anspricht:

„Die Sozialdemokratie stellt die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes beim Friedensschluß an die Spitze ihrer Kriegsziele. Sie fordert aber auch die Bezeichnung der Lebensinteressen der anderen Völker in der Unterzeichnung, daß nur ein solcher Friede die Gewissen der Dauer ist. Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Wohl eines dauernd gestärkten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik.“

Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung, hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbestrebungen bewahrt, daß sie Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhalt gefunden haben. Nicht nur daß die feindlichen Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden bis jetzt scharf zurückgewiesen und mit Zersplitterungs- und Eroberungsplänen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen.

Durchdrungen von der Überzeugung, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der arbeitenden Volksmassen über Länder und in Zukunft den Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung in enger Fühlungnahme miteinander führen müssen, halten wir den Wiederabschluß einer arbeits- und kampftätigen internationalen Internationale für notwendig. Die Reichstagsfraktion billigt darum das Bestreben der deutschen Parteileitung, die zerfallenen Fäden wieder zu knüpfen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit seinen unermesslichen Opfern an Menschenleben und Kulturgütern denen zuschiebend, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein wahrer Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des fürchterlichen Bürgerkriegs sich durchsetzt. Von der deutschen Regierung aber fordert sie, daß sie unangesehnt befehligt ist, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langwierigen Frieden wiederzugeben.

Am 12. Dezember 1916 haben die verbündeten Regierungen ihr Friedensangebot gemacht, das von der Entente brüsk abgelehnt wurde. Heute liegt das hindliche Friedensangebot von Pader und die österreichische Friedensangebotsung vor. Nächsten Montag tritt wiederum der Parliamentsklub zusammen, um mit der Reichstagsfraktion über die Lage zu beraten. Die innere und äußere Lage ist aufs höchste gespannt. Die Partei steht vor den wichtigsten Schritten der Kriegspolitik. Sie wird sich der Verantwortung, die der Ernst der Zeit ihr auferlegt, bewußt sein. Ob sie aber noch, als die Verantwortung, die der Partei obliegt, ist die, welche die Regierung im Augenblick von dem Volke trägt. Mögen die Gegner das neue Friedensangebot abermals ablehnen, oder sich auf Verhandlungen einlassen, die innere Front kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die deutsche Politik auf die breite demokratische Grundlage gestellt wird.

## Große Tumulte in Berlin.

Die erste öffentliche Wählerversammlung am 1. Berliner Reichstagswahlkreis war für Mittwoch abend im Lehrereisenhaus am Alexanderplatz einberufen worden.

Über den Verlauf dieser Versammlung unterrichtet ein telegraphischer Bericht der Leipziger Posten Nachrichten wie folgt: Als der Vorsitzende die aus ganz Groß-Berlin zahlreich besetzte Versammlung eröffnen wollte, kam es gleich zu Zwischenfällen mit der Polizei, die schließlich zur Auflösung der Versammlung führten. Als der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann aus dem Reichstagsabgeordneten Sasse das Wort ergriff, sprach er über das überaus große Interesse und erklärte: „Ich kann nicht verstehen, daß der Reichstagsabgeordnete Sasse das Wort ergriff.“ Adolf Hoffmann: „Glauben Sie einmal, ich habe hier ein Jahrzeitlich das Oberkommando, das“

Polizeioffizier: „Ich wiederhole, ich kann nicht zugeben, daß Herr Sasse das Wort ergriff.“ Reichstagsabg. Hoffm.: „Wollen Sie denn einen Wahlprolet heraufbeschwören? Wollen Sie uns die Gründe für Ihr Verhalten sagen?“ Polzeioffizier: „Sie werden sie innerhalb drei Tagen vom Polizeipräsidium erfahren.“ Adolf Hoffmann: „Wie schon wieder Tage 200 000 Stuhlflüchter vertrieben, in denen gefasst wird, daß heute die ganze hier sprechen wird, und diese Stuhlflüchter vom Oberkommando erlaubt worden.“

Da der überaus große Polizeibeamte bei seiner Stellung verließ, verurteilte Adolf Hoffmann die Verarmung, um sich nach dem Polizeipräsidium zu begeben und eventuell mit den zuständigen Stellen des Oberkommandos telefonisch zu verhandeln. Eine Stunde lang wartete die Versammlung auf die Wiederkehr Hoffmanns. Als er schließlich





